

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Frau Kolmer von der Presse,
sehr geehrte Gäste,

es liegt ein Jahr vieler wichtiger Beschlüsse für unsere Gemeinde hinter uns. Wir alle haben uns die Entscheidungen, die hier gefallen sind, oftmals nicht leicht gemacht. Und bei manchen Beschlüssen, als Beispiel möchte ich die Festsetzung der neuen Grundsteuerhebesätze nennen, hat man Vielen hier angemerkt, wie sehr sie mit sich gerungen haben. Gerungen zwischen dem, was uns auf der einen Seite das Bundesverfassungsgericht vorgegeben hat und zudem schlecht von der grünschwarzen Landesregierung umgesetzt wurde, und auf der anderen Seite dem, was wir eigentlich für richtig halten. Und das zeigt uns einmal mehr das Dilemma unseres Rechtsstaates: nicht alles, was rechtens ist, halten wir auch für gerecht und richtig. Und so gilt es neben dem Streiten und Ringen um die richtige Idee auch immer die Vorgaben, die uns durch die gesetzlichen Auflagen vorgeben werden, zu berücksichtigen. Oftmals drohen diese Vorgaben uns zu erdrücken und zu lähmen und manchmal schaden sie am Ende auch dem Ansehen der Demokratie und unserem Rechtsstaat, denn ich stelle immer wieder in Gesprächen mit unseren Bürgerinnen und Bürgern fest: Niemand, aber wirklich niemand hat Verständnis für die Fesseln der Bürokratie, die uns auferlegt sind. Als Beispiel seien hier die Entwicklung neuer Baugebiete oder aber der Posse um die gerichtliche Außerkraftsetzung des Landesentwicklungsplanes genannt. Aber obwohl das niemand mehr versteht, und obwohl es niemand mehr ertragen kann, müssen wir uns den Vorgaben beugen. Dies begünstigt momentan besonders die Parteien, die ganz einfache Antworten auf hochkomplexe Fragen haben, da wir etablierten Parteien ja schon auf kommunaler Ebene scheinbar nicht liefern können. Die Begründung, dass wir uns eben an die Vorgaben halten müssen, verfängt in einer zunehmend polarisierten Gesellschaft aber eben immer weniger, und klingt für viele Bürgerinnen und Bürger immer mehr nach einer Ausrede und Ablenkung vom eigenen Unvermögen.

Aber neben diesen Problemen, denen wir nicht entkommen können, gibt es auch das ein oder andere hausgemachte Problem in Form von Fesseln, die wir uns unnötigerweise selbst auferlegen. Ein paar Beispiele dafür möchte ich im Folgenden erläutern.

Seit Jahren plant die Verwaltung Haushalte, die im Ergebnis am Ende fast immer deutlich positiv übertroffen wurden. Wer meine Haushaltsreden der letzten Jahre verfolgt hat, weiß, dass ich an diese Stelle immer eine Gegenüberstellung von Plan-Ansatz zum Ergebnis bringe. Mit dieser Tradition möchte ich keinesfalls brechen. Der Haushalt 2024 wurde mit einem moderaten Defizit von 377.331€ verabschiedet. So wie die aktuelle Prognose aussieht, werden wir das Jahr 2024 voraussichtlich mit 500.000 bis 1.000.000 € Überschuss abschließen. Mindestens also 800.000€ besser als geplant. Ich möchte an dieser Stelle einmal aus der Haushaltsrede der CDU vom letzten Jahr zitieren: „Und allen denjenigen, die jetzt sagen, wir hätten am Ende immer besser abgeschlossen als geplant, denen sage ich: Wir haben eben nie mit so einem Einnahmensprung geplant, nie waren die Zeiten so unvorhersehbar“

Liebe CDU, die Zeiten sind für manche von uns sicher unvorhersehbar, aber wenn wir seit mindestens 2017 immer deutlich besser aus den Haushaltsjahren herauskommen als wir sie geplant haben, dann sollten wir vielleicht langsam eine gewisse Regelmäßigkeit dahinter erkennen und uns nicht länger durch diese Zahlen fesseln lassen, sondern wir sollten mutig nach vorne schauen. Zu Verdeutlichung: Im Zeitraum 2017 bis 2024 sind die Haushalte in Summe mit -2.803.193 € geplant und abgeschlossen haben wir diesen Zeitraum in Summe mit einem Überschuss von mindestens 5.790.177 €. Dies ist eine Verbesserung gegenüber dem Planansatz von 8.593.370€. Ich finde, bei diesen Zahlen darf man berechtigterweise davon ausgehen, dass wir auch den nächsten Haushalt besser abschließen werden als wir ihn jetzt verabschieden.

In diesem Zusammenhang möchte ich aus einer Haushaltsumfrage des Städtetages NRW und des Städte- und Gemeindebundes NRW zitieren, demnach können nur 18 von 396 Städten und Gemeinden in NRW für 2024 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen. 46 Gemeinden und Städte befinden sich bereits im Haushaltssicherungskonzept oder haben einen Nothaushalt. Nach den Verbesserungen in Hopsten sind wir nun die 19. Kommune mit einem ausgeglichenen Haushalt. Ich glaube, wenn wir zu den 19 solidesten Kommunen in ganz NRW gehören, dann dürfen und sollten wir mehr Zuversicht an den Tag legen und uns mehr zutrauen! Denn wir dürfen auch nicht vergessen: Am Schuldenschnitt für die Gemeinden wird meiner Meinung nach längst im Hintergrund gearbeitet, und dies wird am Ende die Gemeinden und Städte begünstigen, die für Ihre Bürger Werte auf Pump erschaffen haben und wird uns in Hopsten massiv benachteiligen. **Davor** sollten wir uns also in Acht nehmen und uns nicht von regelmäßig zu negativ geplanten Haushalten fesseln lassen.

Eine weitere Fessel, die wir uns auferlegen, sind unsere persönlichen Befindlichkeiten und das trotz 50 Jahren Kommunalreform immer noch vorherrschende Kirchturmdenken: Man stelle sich vor, da hat die FDP es doch tatsächlich gewagt einen Antrag zu stellen, der alle drei Ortsteile hinsichtlich eventueller Umkleideneubauten gleichbehandeln wollte, damit sich eben niemand abgehängt fühlt. Ich habe ehrlich gesagt mit vielem gerechnet, aber damit, dass der Ortsvorsteher von Halverde sein Unverständnis darüber zu Protokoll geben muss, das wir gewagt haben, diesen Antrag zu stellen ohne ihn persönlich vorher um Erlaubnis zu fragen, damit habe ich wirklich nicht gerechnet. Der Ortsvorsteher von Hopsten hatte hingegen keine Probleme damit, dass wir für die Umkleide in Hopsten einen Antrag gestellt haben, ohne vorher bei ihm vorstellig zu werden. Ich möchte dazu nur so viel sagen: wir werden uns auch weiterhin Gedanken um **alle** drei Ortsteile machen, persönliche Befindlichkeiten hin oder her. Denn wir lehnen jedwedes Kirchturmdenken strikt ab und versuchen den Blick stets für die gesamte Gemeinde offen zu halten. Im Gegenteil, wenn wir einen Ortsteil bei unseren Überlegungen ausgeklammert hätten, **dann** hätte ich eine solche Reaktion verstehen können.

Ebenso wenig habe ich verstanden, wieso die Verwaltung sich dazu hat hinreißen lassen, uns erst einmal süffisant die aktuellen buchhalterischen Restnutzungsdauern der entsprechenden Gebäude um die Ohren zu hauen. Ich möchte in diesem Zusammenhang einmal auf das Beispiel Umkleide am Kunstrasenplatz, also dem alten Feuerwehrgerätehaus, eingehen. Hier haben wir laut Auskunft der Verwaltung eine Restnutzungsdauer von 9 Jahren, andernfalls müssen wir den Restwert aktivieren. Jetzt mal ehrlich, das Gebäude soll noch 9 Jahre weiter benutzt werden? Hier waren sich ja zum Glück alle Fraktionen einig, dass dieses Gebäude ganz sicher nicht mehr 9 Jahre genutzt werden kann, sondern abrisssreif ist. Und dann muss ich doch hier die Frage stellen, wie realistisch sind die angenommen Restnutzungsdauern? Vielleicht muss hier ein Umdenken stattfinden und die Restnutzungsdauern sollten, sofern dies rechtlich und buchhalterisch möglich ist, an die Realitäten angepasst werden. Unsere Fraktion wird in Kürze diesbezüglich mit einer Anfrage an die Verwaltung herantreten, die aktuellen Restnutzungsdauern und aktuellen Buchwerte **aller** gemeindeeigenen Gebäude einmal tabellarisch aufzulisten, damit wir alle einen Überblick bekommen. Dann muss diesbezüglich auch niemand mehr derart belehrt werden.

Aber zurück zum Kern unseres Antrages: Uns war natürlich klar, dass es sich bei unserem Antrag um die Maximalforderung und umfangreichste Lösung handelte. Und das wir uns mit dem Antrag nicht durchsetzen konnten ist auch gar nicht schlimm, denn für uns zählt etwas ganz anderes: Unser Antrag hat dazu geführt, dass sich die Verwaltung intensiv Gedanken

zu dieser Thematik gemacht hat und am Ende ist verwaltungsseitig der Vorschlag gemacht worden, sich über einen zweiten Kunstrasenplatz, diesmal in der Westfali-Arena, Gedanken zu machen. Fürs uns ist klar, das ist eine sehr gute Lösung und selbstverständlich haben wir daraufhin unseren Antrag zurückgezogen. Aber was bitte niemand außer Acht lassen sollte: Hätten wir unseren Antrag nicht gestellt, hätte die Verwaltung doch niemals in die Richtung eines zweiten Kunstrasenplatzes gedacht. Dass unser Antrag am Ende den entscheidenden Impuls für diese hervorragende Idee gegeben hat, freut uns und wir sind froh, dass wir den Antrag gestellt haben. Das bestätigt uns einmal mehr in unserer Ansicht: Anträge sind das Mittel der Fraktionen unsere Heimat zu gestalten, auch wenn viele den Status quo lieber nur verwalten wollen und Anträge als störend empfinden.

Nun möchte ich noch kurz zu unserem gemeinsamen Antrag mit der SPD und den Grünen kommen. Es war von uns der dritte Anlauf etwas für die musikalische Förderung in unserer Gemeinde zu tun. Ich frage mich allen Ernstes, warum die CDU uns über drei Runden gehen lässt, nur um am Ende zu erkennen: es gibt keine glaubhaften Gründe gegen unseren Antrag. Aber sei es drum, wir sind froh, dass wir nun endlich auch alle unberechtigten Zweifel an der Sinnhaftigkeit der musikalischen Förderung ausräumen konnten und wir ein entsprechendes Budget im Haushalt verankert haben. Uns macht es jedenfalls Mut den Weg der Gestaltung weiterzugehen, und eben nicht aufzugeben.

Nicht aufgeben sollte auch die Interessengemeinschaft neue Sporthalle Schale. Wir konnten durch unseren Antrag zumindest erreichen, dass die entsprechenden Haushaltsmittel Ihre starre Zweckbindung „Sanierung“ verloren haben und die Mittel nun für beide Varianten, Sanierung oder Neubau verfügbar sind. Somit ist sichergestellt, dass die politische Diskussion darüber weiterhin unvoreingenommen und ergebnisoffen geführt werden kann. Für uns liegen jedoch die Vorteile eines soliden Neubaus auf der Hand,

Ich möchte an dieser Stelle noch kurz zu den Haushaltsanträgen der CDU kommen. Die diesjährigen Anträge der CDU enthielten anstelle konkreter Zahlen und Fakten allesamt nur die wundersame Platitide: „entsprechende Mittel sind im Haushalt einzustellen.“ Das kann man natürlich so machen, aber wenn ich dann an die Begründung manch einer Ablehnung unserer Anträge in den letzten Monaten denke, dann verwundert mich das alles doch sehr. Eine häufige Begründung lautete, das „zu wenig Fleisch“ an unseren Anträgen wäre. Wenn unsere Anträge also in Euren Augen zu wenig Fleisch hatten, dann sind viele eurer Anträge zum Haushalt nichts weiter als vegane Zwischengänge.

Zudem möchte ich mich im Zusammenhang mit den CDU-Anträgen der Äußerung von Albert Üffing im HFA anschließen und muss feststellen, dass es auch für mich als Zuhörer der entsprechenden Sitzung sehr irritierend war, wie die CDU und die Verwaltung sich bei einigen der Anträge gegenseitig die Bälle zugespielt haben. Bei manchen Anträgen der CDU drängte sich dem geneigten Zuhörer zudem der Verdacht auf, dass die Anträge nur gestellt wurden, um nicht wieder ohne Anträge und ohne Gestaltungswillen dazustehen, wo doch gerade erst in der IVZ vom mangelnden Antragswillen der CDU die Rede war.

Zum Schluss meiner Haushaltsrede möchte ich mich nun dem wichtigsten Thema des diesjährigen Haushaltes widmen. Für unsere Fraktion ist das haushaltsbestimmende Thema die weitere Beteiligung an den Stadtwerken. In der HFA Sitzung ist dieses Thema nur kurz angeklungen, weil die eigentliche Beschlussfassung zu diesem wichtigen Thema leider in nicht öffentlicher Sitzung gefallen ist. Somit gibt es einen aktuell gültigen Ratsbeschluss zur Beteiligung an den Stadtwerken. Die Abstimmung im HFA zum Antrag der Grünen die entsprechenden Haushaltspositionen wieder zu streichen zeigt jedoch, wie knapp die Mehrheit bei diesem wichtigen Thema ist, und wo diese knappe Mehrheit sitzt. Uns sind zwei Dinge bei der Betrachtung dieser Thematik und der der damit verbundenen Haushaltspositionen in Gesamthöhe von 1,6 Mill. € wichtig:

1. Wir geben den Stadtwerken einen Gesellschafterdarlehn in Höhe von 1,3 Mill. € und eine Einlage zur Kapitalerhöhung in Höhe von 300 TSD €. Wir fragen uns: Wofür??? Was haben wir davon? Außer ein kommunales WIR Gefühl, das spätestens seit dem Verkauf der Vertriebs Sparte an die Stadtwerke Osnabrück in der Bevölkerung sowie so nicht mehr existent ist. Man muss sich das mal in Ruhe vorstellen: Wir diskutieren über 3000€ mehr oder weniger Unterstützung für die Hospize, man lässt uns dreimal einen Antrag zur musikalischen Förderung stellen, man mahnt uns zu vorsichtiger Haushaltsführung und für die Stadtwerke schmeißen wir mal eben 1,6 Mill. € zum Fenster hinaus. Und dieses Bildnis ist nicht zufällig gewählt, denn ob wir das Geld jemals wieder da draußen einsammeln können, das ist für uns mehr als fraglich. Man male sich mal einen Moment lang in bunten Farben aus, was wir mit 1,6 Mill. € für unsere Bürger für spürbare Verbesserungen in unsere Gemeinde hätten umsetzen können... Nur um die Größenordnung zu begreifen: Davon könnte man direkt zwei Kunstrasenplätze bauen. Aber bitte, nicht dass ich falsch verstanden werde, einer würde uns vollkommen reichen! Zudem wäre dann noch genug Geld vorhanden für einen Umkleide-Neubau am bisherigen Kunstrasenplatz und für die Sanierung der

Umkleiden in Schale! Ich glaube, so kann sich jeder vorstellen, über welche Summe wir hier reden.

2. Nach intensiver Beschäftigung mit der Materie sind wir zu dem Schluss gekommen, dass wir es nicht nur nicht verantworten können, den Stadtwerken weiteres Geld zu geben. Im Gegenteil, wir wünschen uns sogar einen schnellstmöglichen Ausstieg aus den Stadtwerken. Dafür sind aktuell die politischen Mehrheiten im Rat jedoch nicht gegeben. Wir hoffen daher auf sich ändernde Mehrheiten im Rat nach der Kommunalwahl im September. Wir werden dann umgehend mit einem Prüfauftrag an die Verwaltung herantreten, ein mögliches Ausstiegsszenario für unsere Beteiligung an den Stadtwerken zu entwickeln.

Jedem Zuhörer muss nach meinem deutlichen Worten zu diesem Themenkomplex klar sein, dass es für uns als FDP unmöglich ist, einem Haushaltsentwurf zuzustimmen, der zusätzliche 1,6 Mill. € für die Stadtwerke beinhaltet. Und so lehnen wir den Haushaltsentwurf der Gemeinde Hopsten konsequenterweise ab.

Dem Stellenplan der Gemeinde Hopsten für das Jahr 2025 stimmen wir ebenfalls nicht zu, da wir nach wie vor der Meinung sind, dass die Verwaltung noch nicht ausreichend mit Personal versorgt ist. Zu oft hören wir als Standardantwort auf Anfragen oder Vorschläge, dass nicht genug Personal vorhanden ist. Solange sich dies nicht ändert, können wir auch dem Stellenplan nicht zustimmen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir bedanken uns bei Bürgermeister Ludger Kleine-Harmeyer, Kämmerer Bernward Rutmöller, dem 1. Allg. Vertreter Markus Raschke sowie Philipp Gohmann für die Unterstützung und die Erläuterungen bei den Haushaltsberatungen. Besonderer Dank gilt zudem allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Gemeindeverwaltung, die unsere Gestaltungsideen am Ende auch in die Tat umsetzen müssen.

Allen Ehrenamtlich tätigen in unsere Gemeinde gilt unser ganz herzlicher Dank für ihr Engagement, denn ohne sie wären viele Angebote in unsere Gemeinde schlicht nicht vorhanden.

Den Kolleginnen und Kollegen im Rat und in den Ausschüssen danken wir für den oftmals respektvollen Umgang.

Unser Dank gilt auch der Presse für die ausgewogene Berichterstattung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Andreas Reerink
Fraktionsvorsitzender